

disponiren, sodann jeder Stelle  $\frac{1}{6}$  des Stelleneinkommens zu  
weisen, Tramm (nat.-lib.) durchweg 350 Mk. für jede Lehrerstelle  
250 Mk. für jede Lehrerinnenstelle auswerfen, der Antrag  
Grimm den Beitrag für zweite und andere Nebenstellen auf 300 Mk.  
für Lehrerinnen und Hilfslehrer auf 150 Mk. bemessen. Säm-  
liche Anträge erhöhen den Bedarf über den von der Regierung  
Ausficht genommenen Betrag von 20 Millionen nicht unerheblich.  
In der Commission wurde das Mehrbedürfniß bei Annahme des  
Antrages Brüel auf über 5 Millionen, bei den anderen auf 3  
bis  $2\frac{1}{2}$  Millionen Mk. beziffert. Aus diesem Grunde fanden an  
Anträge Widerspruch seitens der Staatsregierung. Man war  
der Commission aber der Meinung, daß sich für den Mehrbede-  
e un schwer Deckung werde schaffen lassen. Bei der Abstim-  
ung wurden die Anträge Brüel und Tramm mit überwiegend  
Mehrheit abgelehnt, der Antrag v. Zedlitz dagegen mit 16 geg-  
t 11 Stimmen angenommen. Die Debatte über § 2 erging sich  
n schwierigen Einzelauseinandersetzungen mehr formeller und juristi-  
n scher Natur.

Aus San Remo wird dem „B. Z.“ unterm 3. d. M.  
gemeldet: „Der Kronprinz ist gestern nicht ausgegangen, erster  
weil die Witterung ungünstig blieb, zweitens, weil sein Allgemein-  
befinden etwas weniger gut war. Es haben sich Kopfschmerz und  
u Neuralgie wieder eingestellt. Der hohe Patient befindet sich de-  
n halb nicht so gut, wie sonst.“ — Mackenzie ist am Freitag nach  
t London abgereist.

Der „Reichs-Anz.“ schreibt: Holländische Zeitungen hab-  
neuerdings die Nachricht verbreitet, daß eine Anzahl hollän-  
discher Arbeiter, welche sich durch gewissenlose Agenten für  
den Bau des Nord-Ostsee Kanals hätten anwerben lassen  
t bei der Ankunft an ihrem Bestimmungsorte so schlecht behandelt  
und verpflegt worden seien, daß sie sich zur sofortigen Rückkehr  
n in ihre Heimath entschlossen hätten. Diese Nachricht ist voll-  
ständig aus der Luft gegriffen, da seitens der kaiserlichen Kanals-  
commission bis jetzt weder direct noch durch Mittelsperson  
st oder Agenturen Arbeiter zum Kanalbau angeworben worden  
sind. Auch ist der genannten Commission nichts bekannt geworden  
n daß überhaupt holländische Arbeiter nach Schleswig-Holstein ge-  
kommen sind, um Beschäftigung bei dem Bau des Nord-Ostsee-  
n Kanals zu suchen.

\* Nach den neuesten statistischen Veröffentlichungen wuchs  
Reichsbevölkerung im Jahre 1886 um rund 438 000 Köpfe.  
Da für das Jahr 1887 die natürliche Bevölkerungsvermehrung  
wohl ebenso hoch angenommen werden muß, so wird damit die  
t, Bevölkerung des Deutschen Reichs am Anfang dieses Jahres, Januar  
e 1888, auf 47 700 000 Einwohner gestiegen sein.

Unter dem Vorsitz des Generallieutenants Grafen von  
s Lehndorff tagt augenblicklich eine Commission von höheren  
s Militärs, welche die Kürassfrage beräth.

Die Freilassung des ehemaligen Hauptmanns von  
s Ehrenberg, der wegen landesverrätherischer Untriebe fest-  
genommen war, scheint sich zu bestätigen. Da der Vorgang vielfach  
s überrascht und zu falschen Vermuthungen Veranlassung gegeben  
t hat, so möge, nach der „Magd. Ztg.“, Folgendes zur Klärung  
= angeführt sein. Herr von Ehrenberg war beim Betreten  
n des deutschen Gebiets festgenommen worden, da er im Verdacht  
= stand, Landesverrath getrieben zu haben. Aber die gegen ihn  
= zeugenden Papiere, auf Grund deren allein die Anklage des  
h Landesverrath gegen ihn erhoben werden konnte, befanden sich  
e Besitze der schweizer Behörden. Von hier aus war an die  
h schweizer Regierung das Gesuch gerichtet worden, diese verdächtigen  
t Papiere auszuliefern; dieselbe hatte jedoch geglaubt, diesem Gesuche  
n widersprechen zu müssen, falls ihr nicht die vorherige Freilassung  
e Ehrenbergs zugesichert würde. Sie stützte sich dabei auf die An-  
e fassung, daß es ihr nicht anstehe, Deutschland die Mittel zu liefern  
= zu einer Bestrafung Ehrenbergs für ein politisches Verbrechen, da  
= derselbe außerhalb Deutschlands begangen habe. Allem Anschein  
s nach hat man sich jetzt entschlossen, die Bedingung, welche die  
= schweizer Regierung für die Auslieferung der Papiere gestellt und  
t die für uns natürlich von höchstem Werthe sind, anzunehmen.  
= Wichtiger als die Bestrafung Ehrenbergs muß es für uns sein, einen  
= neuen Einblick in die Intriguenpolitik Frankreichs gegen  
o Deutschland zu erhalten, und in dieser Beziehung gerade versprochen  
j jene Papiere werthvolle Aufschlüsse zu bringen.

**Oesterreich.** Aus Wien, 3. Februar, wird berichtet: Die  
r Wirkung des veröffentlichten Textes des deutsch-öster-  
g reichischen Bündnißvertrages vom Jahre 1879 auf das hiesige  
y Publikum ist eine außerordentliche. Allerorten hört man davon  
n sprechen. Die „Wiener Abendpost“ ward in den Abendstunden von  
r Hunderten gekauft und eifrigst gelesen. Man erblickt schon in der Publi-  
s kation dieses Actenstückes, abgesehen von dem hochbedeutsamen Inhalte,  
t ein politisches Ereigniß von der sensationellsten Bedeutung. Die  
n Veröffentlichung der Modalitäten des gegenseitigen Schutz- und  
Trugbündnisses der beiden großen Reiche wird als ein friedliches  
= Symptom gedeutet. — Aus Pest telegraphirt man: Die Ver-  
r öffentlichung des Schutz- und Trugbündniß-Vertrages zwischen  
= Deutschland und Oesterreich-Ungarn erfolgte heute Nachmittags in